

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Mittelfristige Probleme der Finanzpolitik 1975

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1975) : Mittelfristige Probleme der Finanzpolitik 1975, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 2, pp. 87-91

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134783>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mittelfristige Probleme der Finanzpolitik 1975

Eberhard Thiel, Hamburg

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist von Unsicherheit geprägt. Angesichts dieser Lage kommt den kurz- und mittelfristigen Wirkungen der Finanzpolitik in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu.

Nach den vorliegenden Planungen werden im Jahre 1975 die Ausgaben für den öffentlichen Gesamthaushalt in der Bundesrepublik Zuwachsraten aufweisen, die über diejenigen des projizierten Wachstums des nominalen Bruttosozialprodukts liegen dürften. Damit wird im laufenden Jahr die Bedeutung des Staatssektors für das gesamtwirtschaftliche Geschehen im Vergleich zum Vorjahr weiter zunehmen, wenn das erhebliche Volumen der Staatsausgaben berücksichtigt wird. Das bedeutet jedoch noch nicht, daß damit Aussagen über die Veränderung des wie auch immer zu definierenden Staatsanteils an der Verwendung des Bruttosozialprodukts und über die Inanspruchnahme gesamtwirtschaftlicher realer Ressourcen in kurz- oder mittelfristiger Sicht getroffen worden sind. Doch angesichts der jüngsten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung muß gerade die kurzfristige Wirksamkeit der Finanzpolitik im Mittelpunkt der politischen Erörterung stehen.

Das reale Bruttosozialprodukt hatte in der ersten Jahreshälfte 1974 nur einen geringen positiven Zuwachs und wies in der zweiten Jahreshälfte eine negative Wachstumsrate auf. Insgesamt ergab sich für das Jahr 1974 lediglich eine Steigerung des realen BSP um 0,6%. Effektiv deuten diese Werte darauf hin, daß sich die Volkswirtschaft in einer Stagnation befindet, wenn auch in laufenden Preisen das Bruttosozialprodukt um rund 7% zugenommen hat.

Unsichere Realisierungschancen

Der Staat hat zur Behebung dieser unbefriedigenden Entwicklung und besonders wegen der damit einhergehenden Arbeitslosigkeit Maßnahmen ergriffen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beleben sollen. So wurde im Dezember 1974 ein Konjunkturprogramm verabschiedet, das mit Hilfe von Einnahmen- und Ausgabenvariationen die private Wirtschaftstätigkeit anregen soll. Außer-

dem sind die Etats aller Gebietskörperschaften für 1975 besonders wegen der schon längerfristig für Januar 1975 vorgesehenen Steuerreform als expansiv wirksam zu bezeichnen.

Sicherlich wird aufgrund dieser Konstellation der staatliche Sektor mit dazu beitragen, daß das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1975 insgesamt leicht ansteigen dürfte. Wegen der sonstigen gesamtwirtschaftlichen Daten ist im ersten Halbjahr jedoch noch einmal mit negativen Wachstumsraten zu rechnen. Wenn die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung anvisierten 2% für das reale Wachstum des BSP in diesem Jahr tatsächlich erreicht werden sollen, dann müßte in der Zeit ab Juli eine schon beträchtliche Steigerung aller ökonomischen Aktivitäten stattfinden.

In Anbetracht der Unsicherheiten über die Lohnentwicklung und über die Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen dürfte es wohl aber angebracht sein, die Realisierungschancen dieses Ziels etwas skeptisch einzuschätzen. Außerdem stützt sich diese Zielprojektion der Bundesregierung auf die Annahme, daß starke Konsumanstöße im privaten Sektor erzielt werden können und daß sich das Investitionsklima im Unternehmungssektor verbessern wird.

Wenn auch einerseits einige Anzeichen dafür sprechen, daß sich die Preisentwicklung beruhigen wird, so kann jedoch andererseits nicht geleugnet werden, daß von den expansiven Wirkungen der Staatshaushalte auch erhebliche Einflüsse auf die künftige Entwicklung der Preise ausgehen dürften. Die Aufgaben der Deutschen Bundesbank

Dr. Eberhard Thiel, 42, ist Abteilungsdirektor im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Raumordnung.

auf dem Gebiet der Geldmengenregulierung werden somit erheblich schwieriger. Neben diesen generellen Schwierigkeiten, die bei einer Planung und Realisierung eines mäßigen realen und gedämpften nominalen Wachstums des BSP auftreten, sind noch die speziellen Unsicherheiten zu bedenken, unter denen das staatliche Konjunkturprogramm und die Etats 1975 stehen werden.

Auswirkungen der Investitionszulage

So stellt sich einmal die Frage, ob sich das Investitionsklima tatsächlich durch die staatlichen Maßnahmen verbessern wird. Ein wesentliches Instrument des Konjunkturprogramms ist die Gewährung einer Investitionszulage in Höhe von 7,5% für Anlageinvestitionen, die in der Zeit von Dezember 1974 bis Juni 1975 bestellt oder begonnen werden. Bewegliche Investitionsgüter müssen vor Juli 1976 geliefert oder fertiggestellt und Ge-

bäude vor Juli 1977 errichtet werden. Weiterhin stehen unbefristete Zahlungen für bestimmte energiesparende Investitionen zur Verfügung. In welchem Maße die bei den Unternehmungen damit erreichbaren Kostensenkungen tatsächlich zu einer verstärkten Investitionsgüternachfrage führen, hängt jedoch sehr stark von den Erwartungen über die Nachfrage in den investierenden Branchen ab. Überdies sind die regionalen und zeitlichen Wirkungen dieser Effekte kaum vorauszu-

sehen. Denn es ist auf der einen Seite nicht unbedingt sicher, daß diese Investitionsgüter nur in der Bundesrepublik bestellt werden. Auf der anderen Seite wird bei einer erhöhten Investitionsgüternachfrage zwar die Beschäftigung im Investitionsgüterbereich steigen. Doch angesichts der vorsichtigen Dispositionen im Hinblick auf Kapazitätsausweitungen kann nicht damit gerechnet werden, daß dadurch in den investierenden Branchen neue oder andere Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielmehr ist verstärkt mit dem Einsatz arbeitssparender Investitionen zu rechnen, die das Problem der Arbeitslosigkeit mittelfristig noch verschärfen könnten. Da diese Investitionszulagen von seiten des Staates als Verminderung der Einkommen- und Körperschaftsteuereinnahmen behandelt werden, dürften alle drei staatlichen Ebenen Einnahmeverluste zu registrieren haben, die jedoch erst später wirksam werden.

Staatliche Investitionsvorhaben

Darüber hinaus sind zusätzliche staatliche Investitionen in Höhe von 1,1 Mrd. DM vorgesehen, die speziell in der Bauwirtschaft und in der Energieversorgung getätigt werden sollen. Außerdem sollen die im Bundesetat für 1975 vorgesehenen Investitionen in diesem Jahr so früh wie möglich in Angriff genommen werden. Die Realisierungschancen und damit die Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen werden um so höher ausfallen und um so früher eintreffen, je weiter die staatlichen Planungsbehörden mit den notwendigen Vorbereitungen für die Vergabe dieser Aufträge fortgeschritten sind. Weitere 0,6 Mrd. DM sind für die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt vorgesehen; es sollen Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätsszulagen vor allem in den von der Arbeitslosigkeit stark betroffenen Gebieten gezahlt werden.

Diese zusätzlichen Ausgaben sollen aus den in den letzten Jahren angesammelten Konjunkturrücklagen bei der Bundesbank finanziert werden. Durch die Freigabe dieser und auch der von den anderen Gebietskörperschaften stillgelegten Mittel soll außerdem die Finanzierung der Haushaltslücken bei den Ländern und Gemeinden erleichtert werden. Hierdurch wird die sonst wohl erfor-

Frankfurter Zeitung

BLICK DURCH DIE WIRTSCHAFT

Herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Ein Blatt für das es im Zeitungswesen kein Vorbild gibt

Der monatliche Bezugspreis für den Blick durch die Wirtschaft beträgt 25,- DM im Inland, 27,- DM im Ausland.

Senden Sie das täglich erscheinende Wirtschaftsblatt ab sofort an folgende Anschrift:

Blick durch die Wirtschaft, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 2901

derliche höhere Inanspruchnahme des Kapitalmarkts vermindert. Dabei sind Preiseffekte nicht auszuschließen, selbst wenn in der ersten Nachfragerunde hauptsächlich Branchen und Regionen mit geringer Kapazitätsauslastung von diesen Aufträgen profitieren sollten. Da strukturschwache Regionen jedoch häufig in einem großen Maße Vorleistungen insbesondere aus den strukturstarke Gebieten beziehen, werden die Beschäftigungs- und Einkommenseffekte zum Teil auch in den Verdichtungsgebieten anfallen.

Die Ausweitung des Bundesbudgets von 133 Mrd. DM 1974 auf 154 Mrd. DM 1975 dürfte vor allem aufgrund der höheren Transfers und der Steuer-senkungen expansiv wirken. Die Ansätze für Investition sind dagegen kaum höher als im Vorjahr. Der Bund plant Sachinvestitionen in Höhe von 7,6 Mrd. DM und Finanzierungshilfen von 15,9 Mrd. DM. Diese Summe von 23,5 Mrd. DM übersteigt das Volumen des Vorjahres mit 23,4 Mrd. DM nur geringfügig, und angesichts der Preisentwicklung ist das real sogar weniger. Nominal bedeutet dies in Anbetracht der Erhöhung des Bundesetats, daß der Investitionsanteil an den Bundesausgaben im Vergleich zu 1974 gesunken ist. Die Einkommensübertragungen werden demgegenüber zunehmen, und die Konsumausgaben werden von den steigenden Personalausgaben stark geprägt sein. Unter Einbeziehung der neuen Kindergeldregelung bringt die Steuerreform den Privaten eine Entlastung von 14 Mrd. DM und belastet damit den Staatshaushalt.

Anstieg der öffentlichen Verschuldung

Diese Entwicklung und die aufgrund der wirtschaftlichen Situation erforderlichen Korrekturen der Steuerschätzungen führen zu einem erheblichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Nicht nur die Länder und Gemeinden, sondern auch der Bund werden in diesem Bereich vor neue Dimensionen gestellt. Die Nettokreditaufnahme des Bundes betrug 1974 9,4 Mrd. DM und sollte nach dem ersten Regierungsentwurf 1975 15,6 Mrd. DM ausmachen. Nach den inzwischen erforderlich gewordenen Neuschätzungen beträgt der Kreditbedarf des Bundes 1975 etwa 22 Mrd. DM. Für den gesamten öffentlichen Bereich wird die Verschuldung 1975 um weit mehr als 50 Mrd. DM zunehmen. Wenn bestimmte Ausgabearten, die eng mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen, noch erhöht werden müssen, können sich weitere Veränderungen ergeben.

Abgesehen davon, daß die Verschuldung stets von der effektiven Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen abhängt, ist auch ihre endgültige Verteilung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften noch offen. So ist die Einigung über die Neuverteilung des Aufkommens aus der Mehrwert-

steuer zwischen Bund und Ländern noch ungeklärt. Diese noch ausstehende Regelung ist auch für die Gemeinden von erhöhtem Interesse, da durch eine Veränderung der Finanzausstattung der Länder auch ihre Chancen im kommunalen Finanzausgleich berührt werden. Somit ist nicht nur die Höhe der Verschuldung, sondern auch deren Verteilung und damit ihre Wirkungen auf die künftige Finanzpolitik nur mit Vorbehalten vorherzusagen.

Die steigende Verschuldung im öffentlichen Sektor entspricht weitgehend den Zielen der aktuellen Beschäftigungspolitik. Die weiterreichenden Folgen im engeren Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft dürfen jedoch auch bei noch so drängenden Konjunkturproblemen nicht außer acht gelassen werden. So werden die Belastungen künftiger Etats durch Rückzahlungsverpflichtungen und Zinszahlungen erheblich sein. Die Länder und Gemeinden äußerten daher auch schon seit längerer Zeit ernste Bedenken. Da generell bereits die faktische Festlegung großer Teile der öffentlichen Ausgaben in Höhe und Struktur beklagt wird, dürfte durch den erhöhten Schuldendienst die Dispositionsfreiheit besonders bei den unteren Gebietskörperschaften noch weiter eingeengt werden.

Unbewältigte Aufgabenkomplexe

Aufgrund der im Vergleich zu den mittelfristigen Planungen geringeren Steuereinnahmen einerseits und der sich daher im Hinblick auf die künftigen Gestaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor nur zögernden, jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen erzwungenen Entscheidung zu einer Erhöhung der Verschuldung andererseits könnte es somit zu einer verringerten Expansion des öffentlichen Sektors kommen. Der in diesem Jahr im Vergleich zu 1974 abzusehende geringe Zuwachs des realen öffentlichen Verbrauchs und die sogar negative Wachstumsrate bei den öffentlichen Investitionen muß den gegenüber 1974 auch real wohl stark ansteigenden privaten Konsumausgaben gegenübergestellt werden. Diese Entwicklung könnte ein Indiz dafür sein, daß 1975 kaum mit einem relativen Anstieg des realen Staatsanteils zu rechnen sein wird. Dieses erwartete Ergebnis könnte jedoch dann nicht eintreten, wenn die realen Aktivitäten im privaten Sektor stark absinken. Dies wäre der Fall, wenn die Expansionsmaßnahmen überwiegend zu Preissteigerungen führen sollten.

Die augenblickliche Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in den letzten Jahren geplanten Ausweitungen der staatlichen Aktivitäten noch keineswegs zu befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Große Aufgabenkomplexe wie Städtebau, Verkehrsinfrastruktur, Ge-

sundheitswesen und Bildungsmaßnahmen werden auch in Zukunft nicht an Bedeutung verlieren. Der staatliche Sektor wird daher nicht schrumpfen dürfen. Die Zielsetzung, den Lebensstandard zu heben und diesbezüglich eine gesellschaftlich sinnvoll erscheinende Verteilung vorzunehmen, erfordert im Gegenteil eine weitere Ausdehnung des realen öffentlichen Bereichs.

Die gegenwärtig auf allen staatlichen Ebenen eingeleiteten Sparmaßnahmen und die verkündeten Sparprogramme stellen zunächst nur eine Verminderung der für die nächsten Jahre ursprünglich vorgesehenen noch relativ hohen Zuwachsraten bei einzelnen Staatsausgaben dar. Das wird jedoch nicht in allen Fällen auch zu absoluten Verminderungen der künftigen Ausgaben gegenüber den Ansätzen für 1975 führen.

Abbau der Beschäftigtenzahl?

Da die realen Investitionen des Staates 1975 mit Sicherheit zurückgehen werden, ist in den nächsten Jahren unbedingt eine Erhöhung der staatlichen Realinvestitionen notwendig. Den größten Teil der Konsumausgaben des Staates machen die Gehaltszahlungen für die beim Staat Beschäftigten aus. Wenn die staatlichen Sparmaßnahmen dazu führen sollten, daß die Zahl der beim Staat Beschäftigten berührt wird, so sind die sich hieraus ergebenden Wirkungen kritisch zu überprüfen.

Einmal wäre eine solche Entwicklung unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten zu beurteilen. Allein schon bei einer Verminderung der Einstellungen würde ein wesentlicher Faktor des Arbeitsplatzangebots wegfallen. Die Folgen wären regional sehr unterschiedlich. In den Verdichtungsgebieten mit ihren Verwaltungszentren dürfte dann die Zahl der Arbeitssuchenden, die nicht mehr wie bisher im öffentlichen Dienst beschäftigt werden können, erheblich sein. In diesem Zusammenhang wäre auch eine Abschätzung hinsichtlich der künf-

tigen Qualifikationen und eine Betrachtung der Rückwirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen wichtig. Wenn es jedoch zu einer absoluten Verringerung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst kommt, dann würde es sich dabei zunächst hauptsächlich um die Nichtbesetzung von freierwerdenden Stellen handeln. Es müßte dann geprüft werden, welche Folgen das für die Leistungsabgabe des Staates an den privaten Sektor hat.

Undifferenzierte These

Dabei stellt sich die Grundfrage, ob der bisherige oder der mit geringeren Wachstumsraten künftig angestrebte staatliche Output mit einer verminderten Beschäftigtenzahl erreicht werden kann. Die in der öffentlichen Diskussion gern sehr schnell aufgestellte These von der Überbesetzung der staatlichen Funktionen erscheint als zu wenig differenziert. Auf der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten wird in der Regel global auf die überproportional steigenden Personalausgaben der letzten Zeit verwiesen. Dabei wird übersehen, daß ein Großteil der staatlichen Leistungen nur dann erstellt und den davon betroffenen Wirtschaftssubjekten nur dann zieladäquat zur Verfügung gestellt werden kann, wenn neben den staatlichen Investitionen funktionsgerecht ausgebildete und in leistungsgerechter Relation zur sonstigen Volkswirtschaft besoldete Beschäftigte zur Verfügung stehen.

Auch unter Berücksichtigung von zusätzlichen Rationalisierungsmaßnahmen kann eine Stagnation oder gar eine Abnahme der Zahl der öffentlich Bediensteten kaum als sinnvoll angesehen werden, da die öffentlichen Aufgaben in absehbarer Zeit sicherlich nicht abnehmen werden. Weil die Leistungsabgabe des Staates an den privaten Sektor nur in wenigen Fällen über den Markt erfolgt, sind Produktivitätsmessungen sehr schwie-

Palandt 1975

Palandt/BGB

34., neubearbeitete Auflage 1975
2460 Seiten 8°. In Leinen DM 118,—

Prof. Dr. Giesen, Bochum,
über die 32. Auflage in NJW 22/1973

„Dem Palandt, einem aus vielen guten Gründen sehr erfolgreichen Werk, wünsche ich auch für die Zukunft die gleiche Spannkraft, das gleiche ebenso praxisbezogene wie wissenschaftlich fundierte Problembewußtsein und die gleiche wache Weitsicht seiner Mitarbeiter beim Erspüren neu aufbrechender Rechtsfragen, die ich der vorliegenden Neuaufgabe gern attestieren will: Es gibt nichts Vergleichbares.“

Verlag C. H. Beck 8 München 40

rig. Zwar wurden Methoden entwickelt, um Kosten-Nutzen-Relationen zu ermitteln, doch sie sind bisher nur in geringem Umfang angewandt worden. Mit welchen Orientierungshilfen auch immer, die staatlichen Dienststellen werden in jedem Fall gezwungen sein, die ihnen zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte rational einzusetzen, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Privatisierung staatlicher Aufgaben?

Die Vorschläge, die auf eine Privatisierung von Teilen der staatlichen Leistungsabgabe hinauslaufen, sind nur mit äußerster Vorsicht zu beurteilen. Auf diese Weise könnten zwar ein Teil der Infrastrukturausgaben und vielleicht auch Teile der laufenden Kosten aus den öffentlichen Budgets auf private Träger verlagert werden; die Frage nach der Realisierung der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und nach der Finanzierung wird jedoch den Staat auch dann nicht aus der Verantwortung entlassen.

Sicherlich kann nicht daran gedacht werden, weite Teile der staatlichen Ziele privaten Trägern zu überlassen, die nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten wirtschaften. Denn es ist ja gerade das Kennzeichen der meisten vom Staat übernommenen Aufgaben, daß sie nicht mit privatwirtschaftlichen Kriterien in Einklang gebracht werden können. Wenn jedoch den privaten Trägern für ihr Handeln gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitisch relevante Kriterien vorgegeben werden sollen, dann ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß in Zukunft staatliche Finanzierungshilfen zu gewähren sind. Eng damit verbunden ist auch die grundsätzliche Frage, wie diese Tätigkeiten kontrolliert werden sollen. Der Staat dürfte somit weite Teile der Infrastrukturpolitik nicht privatisieren.

Auswirkungen der Steuerreform

Ein höherer Staatsanteil wird daher auch in Zukunft Ziel der Politik sein müssen, wenn die vielfältigen Probleme, die in fortgeschrittenen Industriestaaten auftreten, optimal gelöst werden sollen. Sicherlich werden die Steuereinnahmen mit der steigenden privatwirtschaftlichen Tätigkeit wieder zunehmen, so daß die hohen gegenwärtigen Verschuldungsansätze in Zukunft nicht mehr zu erwarten sind. Eine Sicherung des Wachstums des Staatssektors ist folglich nur über höhere Steuereinnahmen zu realisieren.

Die im Januar 1975 in Kraft getretene Steuerreform hat zwar unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten eine günstige Ausgangssituation geschaffen, langfristig ist die damit verbundene Entlastung der privaten Haushalte jedoch als problematisch anzusehen. Im Rahmen der ursprüng-

lichen Konzeption der Steuerreform war auch eher von einer Aufkommensneutralität die Rede, die neben der Entlastung im Rahmen der Einkommensteuern eine erhöhte Belastung der Volkswirtschaft durch Mehrwertsteuereinnahmen vorsah. Diese Steuerkorrektur ist nach der jetzt nur teilweise verwirklichten Steuerreform innerhalb kürzester Zeit nachzuholen. Es stellt sich eigentlich nur die Frage nach dem günstigsten Termin für diese Steuererhöhung; sicherlich wird jedoch im Jahre 1975 noch nicht mit ihr zu rechnen sein. Sobald aber die privaten wirtschaftlichen Aktivitäten wieder einen Aufwärtstrend aufweisen, werden Steuererhöhungen erfolgen. Das Ausmaß wird sich dann danach zu richten haben, daß mittelfristig die Finanzierung der steigenden staatlichen realen Ausgaben gewährleistet ist.

Notwendige Ressourcenverteilung

Als Folge davon dürfte sicherlich eine relative Verminderung der Zuwachsraten der privaten Verwendung des Bruttosozialprodukts zu erwarten sein. Die realen Ressourcen sind nicht beliebig vermehrbar, und die kollektiven Ansprüche an das Bruttosozialprodukt werden wachsen. Die privaten Haushalte müssen daher mit einer verringerten Zunahme der individuellen privaten Bedarfsdeckung rechnen; dies ist in den letzten Jahren auch ständig gefordert worden.

Die Notwendigkeit einer entsprechenden mittelfristig anzustrebenden Umverteilung der Ressourcen sollte auch bei der Realisierung der laufenden Etats und bei den anstehenden Neuplanungen beachtet werden. Die Risiken des Finanzplans für 1975 sind zwar erheblich; die Ausgaben dürften eher noch zunehmen und die Steuereinnahmen eine Verminderung erfahren. Bestrebungen, vielleicht für 1975 oder aber für 1976 ein Haushaltssicherungsgesetz einzubringen, sollte jedoch widerstanden werden.

Denn mit einem Haushaltssicherungsgesetz würde man versuchen, die staatlichen Ausgaben zu vermindern oder aber zeitlich zu verschieben. Bei der heutigen Struktur der öffentlichen Haushalte würde das einer massiven Verminderung der staatlichen Leistungsabgaben gleichkommen, weil ein solches Vorhaben sich hauptsächlich nur auf Investitionsausgaben oder Transfers beziehen könnte. Aufgrund der auch längerfristig wirksamen Niveauverschiebung der Staatstätigkeit hätte dies mit Sicherheit eine negative Auswirkung auf die mittelfristige Versorgung der Volkswirtschaft mit notwendigen Gütern. Aus diesem Grunde ist anstelle einer mittelfristigen relativen Schrumpfung der Staatsausgaben eine Erhöhung und eine verteilungspolitisch tragbare Ausgestaltung der Steuereinnahmen anzustreben.